

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2025

Inhalt

Nachrichten aus den europäischen Institutionen	1
Kinderrechte in von der Leyens Rede zur Lage der Europäischen Union.....	1
EU-Rat bereitet Deklaration und Maßnahmen zum Schutz Minderjähriger vor Online-Risiken vor.....	1
EU-Kommission prüft europäische Bürgerinitiative zur Unterstützung für Schwangerschaftsabbrüche	1
EU-Parlamentsausschüsse sowie Wirtschafts- und Sozialrat beraten Wohnraumkrise.....	2
EU-Kommission stellt strategische Vorschau vor	2
Europäisches Bürgerpanel zur Generationengerechtigkeit	2
EU-Kommission startet Konsultationen zu Transparenzregeln für KI und zum Digital Markets Act	2
<i>Kurznachrichten: Koordinator:innen der Garantie für Kinder, Vertragsverletzungsverfahren</i>	<i>3</i>
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	3
Frankreich: Parlamentskommission schlägt „digitale Sperrstunde“ für Teenager vor	3
Österreich: Strafen für unkooperative Eltern vorgeschlagen	3
Schweiz: Stiefkindadoption soll erleichtert werden.....	3
Schweiz: Regelung der elterlichen Sorge soll im Einwohnerregister eingetragen werden	4
Schweiz: Maßnahmen zur Vereinfachung der Berechnung des Kindesunterhalts	4
Italien: 55 Millionen Euro für Familienzentren.....	4
Slowakei: Verfassungsänderung zu zwei Geschlechtern, Leihmutterschaft und Adoptionen	4
Polen: Eine Hotelkette belohnt diejenigen, die in ihren Suiten Kinder zeugen	4
<i>Kurznachrichten: Geburtsprämie für Zusatzversorgung, Aktionsplan für Kinder.....</i>	<i>4</i>
Weitere Nachrichten	5
Burkina Faso: Junta erlässt gesetzliches Verbot von Homosexualität.....	5
Elternkontrolle bei ChatGPT	5
Eurochild: Positionspapier gegen ein Verbot sozialer Medien für Kinder	5
Berichte und Studien	6
European Observatory of Family Policy: Einblicke in die Familienpolitik in Flandern und Deutschland.....	6
OECD: Haben und Nichthaben – wie lässt sich die Kluft zwischen den Lebenschancen überbrücken?	6
OECD: Geschlechtergleichheit in einer sich wandelnden Welt.....	6
Imperial College: vor allem ältere Menschen bei durch Klimawandel verursachten Todesfällen betroffen.....	7
UN-Bericht: soziale Sicherheit und Recht auf Arbeit für ältere Menschen	7
EU JRC: 1,2 Millionen Menschen leiden 2025 unter katastrophaler, konfliktbedingter Hungersnot.....	7
<i>Kurznachrichten: Cyberbullying, EU-Erweiterung, Lebensarbeitszeit.....</i>	<i>7</i>
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus den europäischen Institutionen

Kinderrechte in von der Leyens Rede zur Lage der Europäischen Union

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat in ihrer diesjährigen Rede zur Lage der Europäischen Union Schwerpunkte bei den zunehmenden geopolitischen Spannungen, der Verteidigung und der europäischen Unabhängigkeit gesetzt. Daneben hat sie den Bedarf für die geplante EU-Strategie gegen Armut, eine starke Europäische Garantie für Kinder und das Ziel der Beseitigung der Armut bis 2050 betont. Von zivilgesellschaftlicher Seite wurde kritisiert, dass soziale Anliegen geringer priorisiert und die geplanten Strategien zur Gleichheit nicht erwähnt wurden. Ferner habe von der Leyen zwar den Kampf gegen Online-Risiken für Kinder als einen Big-Tech-Tsunami, der die Familien flutet, hervorgehoben, doch sei hier eine Verlagerung der Verantwortung von den Online-Plattformen zu den Eltern zu beklagen. Von der Leyen hat weiterhin die Rückkehr entführter ukrainischer Kinder und Sanktionen gegen die Kriegführung in Gaza gefordert.

In einer Rede auf einer Veranstaltung Australiens zum Thema „Schutz von Kindern im digitalen Zeitalter“ am Rande der UN-Generalversammlung hat Präsidentin von der Leyen dem Ansinnen beigepflichtet, eine „digitale Volljährigkeit“ für Social Media einzuführen. Die Apps der sozialen Medien machten Kinder abhängig von manipulativen Algorithmen, die letztlich darauf ausgerichtet seien, „Profite für die Tech-Milliardäre im Silicon Valley zu generieren.“

- [EU-Kommission: Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025](#)
- [EU-Kommission: Rede von Präsidentin von der Leyen zum „Schutz von Kindern im digitalen Zeitalter“](#)
- [COFACE zur State of the European Union 2025](#) 

EU-Rat bereitet Deklaration und Maßnahmen zum Schutz Minderjähriger vor Online-Risiken vor

Der Rat der Europäischen Union wird am 9. und 10. Oktober über konkrete Maßnahmen sowie eine Deklaration für einen besseren Schutz Minderjähriger vor Online-Risiken beraten. Der Entwurf des dänischen Ratsvorsitzes für die „Jütland-Erklärung“ des Ministerrats ist vorab bekannt geworden. Darin sind insbesondere Altersgrenzen und Altersüberprüfungen ([s. zuletzt AGF-EuropaNews 8/25](#)) für soziale Medien vorgesehen.

- [EU-Rat: EU Ministers will meet to discuss better protection of minors online](#) 
- [EU-Rat: The Jutland Declaration – Shaping a Safe Online World for Minors \(Entwurf\)](#) 

EU-Kommission prüft europäische Bürgerinitiative zur Unterstützung für Schwangerschaftsabbrüche

Eine europäische Bürgerinitiative, die finanzielle Unterstützung der EU für sichere und zugängliche Schwangerschaftsabbrüche fordert, hat die notwendige Unterstützung von über einer Million EU-Bürger:innen in 19 Mitgliedstaaten erreicht. Die EU-Kommission hat nun bis zum 2. März 2026 Zeit, ihre offizielle Antwort vorzulegen. Die Organisatoren der Initiative fordern die Kommission auf, einen Vorschlag für die finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten vorzulegen, mit der es diesen ermöglicht würde, sichere Schwangerschaftsabbrüche für alle Menschen in Europa durchzuführen, die keinen Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen haben.

- [Informationen zur Bürgerinitiative](#)

EU-Parlamentsausschüsse sowie Wirtschafts- und Sozialrat beraten Wohnraumkrise

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) sowie der Sonderausschuss zur Wohnraumkrise (HOUS) des Europäischen Parlaments haben eine gemeinsame Anhörung zu demografischen Trends und Wohnraumbedarfen in der EU durchgeführt. Im Mittelpunkt standen der Zusammenhang zwischen demografischem Wandel und der Wohnungskrise sowie mögliche politische Lösungen.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und die Generalsekretäre der nationalen Wirtschafts- und Sozialräte der EU (NESC) waren sich bei ihrer Jahrestagung einig, dass bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum ein dringendes Anliegen darstellt, auch in ländlichen und unterversorgten Gebieten. Gefordert wurden höhere Investitionen, nationale Strategien zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und eine EU-Steuerreform, um mehr öffentliche Wohnungsbauprojekte zu ermöglichen. Im Zentrum müsste zügiges Handeln stehen, insbesondere im Hinblick auf junge Menschen, einkommensschwache Familien und ältere Menschen.

Der zuständige EU-Kommissar, Dan Jørgensen, hat in einer Rede die Richtung für den neuen EU-Plan für erschwinglichen Wohnraum beschrieben.

- [EU-Kommission: Commissioner Jørgensen sets direction for European Affordable Housing Plan](#) 

EU-Kommission stellt strategische Vorschau vor

Der Strategic Foresight-Prozess der Europäischen Union steht für eine vorausschauende Politikplanung, die Antworten auf die drängendsten Herausforderungen unserer Zukunft diskutiert. Zu seinen Aktionsbereichen zählt der Bericht inklusiven Wohlstand, zukunftsorientierte Bildung, die Antizipation des demografischen Wandels und die Förderung der Generationengerechtigkeit. Im aktuellen Fokus stehen außerdem geopolitische, gesellschaftliche und technologische Trends, wie z. B. Klimaschutz, Biodiversität sowie Digitalisierung. Auch Europas Sicherheitslage, Wettbewerbsfähigkeit sowie soziale Verantwortung werden im Rahmen dieses Prozesses detailliert beleuchtet.

- [EU-Kommission: 2025 Strategic Foresight Report](#) 

Europäisches Bürgerpanel zur Generationengerechtigkeit

Im September fand die erste Sitzung des Europäischen Bürgerpanels zur Generationengerechtigkeit statt: 150 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger:innen aus allen 27 Mitgliedstaaten treffen sich, um darüber zu diskutieren, wie eine generationengerechte Europäische Union aussehen sollte und wie wir sie erreichen können. Die nächsten beiden Runden folgen am 17.-19. Oktober und am 14.-16. November. Das Forum wird eine Reihe von Empfehlungen abgeben, die in die EU-Strategie für Generationengerechtigkeit einfließen sollen. Das Bürgerpanel wird live gestreamt und es besteht die Möglichkeit, online Vorschläge beizusteuern.

- [EU-Kommission: Generationengerechtigkeit – Europäisches Bürgerforum](#)

EU-Kommission startet Konsultationen zu Transparenzregeln für KI und zum Digital Markets Act

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Entwicklung von Leitlinien und einem Verhaltenskodex für die Transparenzpflichten nach der KI-Verordnung gestartet. Ziel ist es, konkrete Vorgaben zu erarbeiten, wie Nutzer:innen künftig erkennen können, wenn sie mit KI-Systemen interagieren oder von KI-generierten Inhalten betroffen sind.

Außerdem hat die Kommission eine Konsultation zur Überprüfung des Digital Markets Act (DMA) gestartet. Das 2022 in Kraft getretene Gesetz soll an neue Entwicklungen im digitalen Marktumfeld insbesondere mit Blick auf Anwendungen und Plattformen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) angepasst werden, die bisher nicht zu den im DMA erfassten „zentralen Plattformdiensten“ zählen.

- [EU-Kommission: Stakeholder consultation on transparency requirements for certain AI systems](#) 
- [EU-Kommission: Konsultation zur Überprüfung des Digital Markets Act](#)

EuGH stärkt Rechte von Arbeitnehmenden bei Pflege behinderter Kinder

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einem Urteil klargestellt, dass das Verbot der mittelbaren Diskriminierung wegen einer Behinderung auch Arbeitnehmende schützt, die für die Pflege ihres behinderten Kindes Verantwortung tragen. Arbeitgeber sind demnach verpflichtet, angemessene Vorkehrungen zu treffen, damit die Pflegeaufgaben mit der Berufstätigkeit vereinbart werden können.

- [Zum Urteil](#)

Kurznachrichten: Koordinator:innen der Garantie für Kinder, Vertragsverletzungsverfahren

- [Die Koordinator:innen der Europäischen Garantie für Kinder treffen sich vom 6. bis 7. Oktober.](#)
- [Die EU-Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der nicht fristgerechten Umsetzung der Geldwäscherichtlinie gegen 11 Mitgliedstaaten eingeleitet \(inkl. Deutschland\).](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Frankreich: Parlamentskommission schlägt „digitale Sperrstunde“ für Teenager vor

Mitglieder des Parlaments fordern eine obligatorische nächtliche „digitale Ausgangssperre“ für Teenager in sozialen Medien sowie ein Verbot für Kinder unter 15 Jahren. In einem 324-seitigen Bericht, der vor den psychologischen Schäden von TikTok & Co. warnt, drängt die Kommission außerdem auf mehr Mittel für die psychische Gesundheit von Kindern, Aufklärungskampagnen in Schulen und rasche nationale Gesetze, anstatt auf Maßnahmen auf EU-Ebene zu warten.

Österreich: Strafen für unkooperative Eltern vorgeschlagen

Österreichs liberaler Bildungsminister Christoph Wiederkehr will Geldstrafen zwischen 150 und 1.000 Euro für Eltern einführen, die Pflichten im Zusammenhang mit ihren Schulkindern nicht nachkommen. Sanktioniert werden könnte etwa, wenn Eltern Gespräche bei drohendem Schulabbruch verweigern oder Schüler:innen unentschuldig bei der verpflichtenden Sonderschule fehlen.

Schweiz: Stiefkindadoption soll erleichtert werden

Kinder, die seit Geburt mit dem rechtlichen Elternteil und mit dem Wunschelternteil zusammenleben, sollen vom Wunschelternteil schneller adoptiert werden können. Damit solle der gesellschaftlichen Entwicklung und der Vielfalt moderner Familienformen besser Rechnung getragen werden. Der Bundesrat, die Bundesregierung der Schweiz, hat die entsprechende Vorlage zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches verabschiedet.

Schweiz: Regelung der elterlichen Sorge soll im Einwohnerregister eingetragen werden

Die Information über die elterliche Sorge soll für Behörden einfach zugänglich sein und daher künftig in den Einwohnerregistern geführt werden. Der Bundesrat hat eine Konsultation für eine entsprechende Änderung des Zivilgesetzbuches eröffnet. Damit die Einwohnerdienste stets über die aktuellen Angaben verfügen, soll für Zivilstandsämter, Zivilgerichte, Kinderschutz- und Migrationsbehörden eine Mitteilungspflicht gesetzlich verankert werden. Dadurch sollen die Behörden wissen, welche Elternteile entscheidungsbefugt sind, und die jeweiligen Elternteile von Nachweispflichten entlastet werden.

Schweiz: Maßnahmen zur Vereinfachung der Berechnung des Kindesunterhalts

In einem Bericht kommt die Schweizer Bundesregierung zu dem Schluss, dass sich die Bestimmungen zum Kindesunterhalt bewährt hätten, jedoch dessen Berechnung in der Praxis oft als kompliziert empfunden werde. Ein externes Gutachten schlägt nun Vereinfachungen für die Praxis vor.

Italien: 55 Millionen Euro für Familienzentren

Das Ministerium für Familienpolitik hat eine öffentliche Ausschreibung an die Regionen gerichtet, mit der sie bis Anfang Oktober staatliche Mittel aus dem Nationalen Fonds für Familienpolitik (insgesamt 55 Millionen Euro) beantragen können. Die Mittel sind versuchsweise „für die Schaffung neuer Familienzentren und die Stärkung bestehender Zentren sowie für deren gleichmäßige Verteilung auf das gesamte Gebiet“ bestimmt.

Slowakei: Verfassungsänderung zu zwei Geschlechtern, Leihmutterschaft und Adoptionen

Das slowakische Parlament hat mit 90 Stimmen der insgesamt 150 Abgeordneten (bei sieben Gegenstimmen) Änderungen an der Verfassung beschlossen. „Die Slowakische Republik erkennt nur zwei Geschlechter an, nämlich männlich und weiblich, die biologisch gegeben sind“, heißt es dort künftig. Die Opposition hatte die Abstimmung weitgehend boykottiert. Ferner dürfen ab 1. November – bis auf wenige Ausnahmen – nur noch verheiratete Paare Kinder adoptieren. Leihmutterschaften werden nun ausdrücklich verboten. Geschlechtsumwandlungen bei Transgender-Menschen werden erschwert. Außerdem wurde festgeschrieben, dass die Souveränität der Slowakei in „kulturellen und ethischen Angelegenheiten“ künftig Vorrang vor dem Recht der EU habe. Dies war als unvereinbar mit den EU-Verträgen kritisiert worden. Der Premier Fico will mit den Änderungen „Familien schützen“.

Polen: Eine Hotelkette belohnt diejenigen, die in ihren Suiten Kinder zeugen

Es klingt wie ein Scherz, ist aber ein ernsthaftes Angebot: Es stammt von der Arche-Gruppe, die über 23 Hotels in Polen verfügt und eine Strategie zur Förderung der Geburtenrate ins Leben gerufen hat, an der die Gäste der Suiten beteiligt sind. Es reicht aus, die Geburtsurkunde des Kindes und die Belege für den Aufenthalt in den Zimmern der Kette vorzulegen, um die Möglichkeit zu erhalten, eine kostenlose Familienfeier in den Salons der Hotelkette zu veranstalten.

Kurznachrichten: Geburtsprämie für Zusatzversorgung, Aktionsplan für Kinder

- [Der Regionalrat von Trentino-Südtirol berät einen Gesetzentwurf, demzufolge bei der Geburt jedes Kindes ein Beitrag von 300 Euro für die Anmeldung des Kindes zu einer Zusatzversorgung ausgezahlt werden soll.](#)

- Nordmazedonien hat seinen Aktionsplan für die Rechte des Kindes für 2025-2029 beschlossen. Eine geplante Erhöhung der finanziellen Beihilfen für Kinder um 15 % soll Ungleichheiten verringern.

Weitere Nachrichten

Burkina Faso: Junta erlässt gesetzliches Verbot von Homosexualität

Die regierende Junta in Burkina Faso hat im Rahmen einer umfassenden Reform des Familien- und Staatsbürgerschaftsrechts ein Gesetz verabschiedet, das Homosexualität verbietet. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig von 71 nicht gewählten Mitgliedern eines Übergangsparlaments angenommen, das seit zwei Staatsstreich im Jahr 2022 in dem westafrikanischen Land besteht. Das neue Gesetz, das sich in eine zunehmende Verfolgung von Homosexualität in Teilen Afrikas einreihet, sieht Strafen von bis zu fünf Jahren Gefängnis für Homosexualität vor. Bereits zuvor konnte Homosexualität mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden. Ausländische Staatsangehörige würden nach dem neuen Gesetz abgeschoben werden. Das Gesetz soll durch eine Aufklärungskampagne bekannt gemacht werden.

Elternkontrolle bei ChatGPT

OpenAI hat angekündigt, eine Elternkontrolle in ChatGPT einzuführen, nachdem ein US-amerikanisches Ehepaar geklagt hatte, dass das System ihren jugendlichen Sohn zum Selbstmord ermutigt habe. Im Oktober wird die Möglichkeit eingeführt, dass Eltern ihr Konto mit dem ihres jugendlichen Kindes verknüpfen und anhand altersgerechter Verhaltensregeln kontrollieren können, wie die künstliche Intelligenz reagiert. Nach diesen neuen Vorgaben sollen Eltern auch Benachrichtigungen erhalten können, wenn das System feststellt, dass sich ihr jugendliches Kind in einer Situation schwerer Not befindet.

- [OpenAI: Hilfreichere und unterstützendere ChatGPT-Erfahrungen für alle](#)

Eurochild: Positionspapier gegen ein Verbot sozialer Medien für Kinder

Mit einem Positionspapier beteiligt sich Eurochild an der Debatte hinsichtlich der Risiken für Kinder im digitalen Umfeld (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 8/25](#)). Eurochild ist der Ansicht, dass ein Verbot von Social Media für Kinder nicht die richtige Lösung sei, um Online-Gefahren zu bekämpfen. Pauschale einschränkende Maßnahmen würden die Rechte der Kinder erheblich beeinträchtigen und seien zudem ineffektiv und kontraproduktiv. Stattdessen solle ein kinderrechtsbasierter, evidenzbasierter und multi-stakeholderorientierter Ansatz verfolgt werden. Der Zugang zum Internet und zu digitalen Diensten biete Kindern die Möglichkeit, soziale Interaktion, Kreativität und bürgerschaftliches Engagement zu entdecken und ermögliche ihnen die Ausübung ihrer Rechte auf freie Meinungsäußerung, Information, Bildung und Teilhabe. Das Positionspapier enthält zudem Empfehlungen zur Erhöhung der Sicherheit für Kinder auf Online-Plattformen.

- [Eurochild: Protecting children online should not come at the expense of silencing them](#)  

Berichte und Studien

European Observatory of Family Policy: Einblicke in die Familienpolitik in Flandern und Deutschland

Die Europäische Beobachtungsstelle für Familienpolitik ist eine gemeinsame Initiative von COFACE Families Europe und der belgischen Fachhochschule Odisee. In ihrer neuen Reihe „Insights on Family Policies“ (s. [AGF-EuropaNews 6/25](#)) wurden zwei weitere Dossiers veröffentlicht. Darin werden sektorübergreifende Strategien untersucht, die Gesundheits-, Bildungs- und Sozialfürsorgesysteme integrieren, um den komplexen Bedürfnissen von Familien gerecht zu werden.

Ein Dossier über die „Häuser des Kindes“ (Huizen van het Kind) in Flandern untersucht ein dezentrales Netzwerk integrierter Familienunterstützungsdienste. Diese 2013 gegründeten Zentren bieten universellen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Elternunterstützung und sozialen Initiativen, wobei benachteiligte Familien Vorrang haben. Die Artikel untersuchen die Erfolge und Herausforderungen dieses Modells, darunter Finanzierungsunterschiede und die entscheidende Rolle der lokalen Behörden bei der Koordinierung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit.

Eine Studie über Deutschlands präventive Sozialpolitik untersucht den sich wandelnden Sozialstaat in Deutschland und legt den Schwerpunkt auf Präventionsstrategien wie das Programm „Frühe Hilfen“ und Präventionsketten. Jörg Fischer und seine Kolleg:innen heben die Bemühungen hervor, Lücken zwischen Kinderbetreuung, Gesundheits- und Sozialsystemen durch evidenzbasierte, partizipative Ansätze zu schließen. Das Dossier unterstreicht die Bedeutung einer lokalisierten Umsetzung und interinstitutionellen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Familienarmut und Ungleichheit.

Am 25. September fand zudem eine Konferenz des Observatory statt, auf der die Themen der sektorübergreifenden Strategien diskutiert wurden.

- [European Observatory on Family Policy: 2025 Insights on Family Policies – Flanders](#)  
- [European Observatory on Family Policy: 2025 Insights on Family Policies – Germany](#)  

OECD: Haben und Nichthaben – wie lässt sich die Kluft zwischen den Lebenschancen überbrücken?

In dem Bericht wird dargestellt, dass in den OECD-Ländern mehr als ein Viertel der Einkommensungleichheit auf Faktoren zurückzuführen sei, die außerhalb der Kontrolle des Einzelnen liegen, wie z. B. Geschlecht, Geburtsort oder familiärer Hintergrund. Unter diesen Faktoren sei das Geschlecht der größte Einzelfaktor. Der Bericht beleuchtet verschiedene politische Optionen, die zum Aufbau einer gerechteren Gesellschaft beitragen können. Die Chancenungleichheit werde anhand einer neuen Methodik gemessen, die erfasst, wie die Umstände die Ergebnisse beeinflussen. Der Bericht zeigt auch starke regionale Unterschiede beim Zugang zu Chancen in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft auf.

- [OECD: To have and have not – How to bridge the gap in opportunities](#) 

OECD: Geschlechtergleichheit in einer sich wandelnden Welt

Der Bericht betont, dass trotz großer Fortschritte im letzten Jahrhundert Frauen in den meisten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereichen in den EU- und OECD-Ländern immer noch hinter Männern zurückliegen. Er untersucht, wie es Frauen, Männern, Mädchen und Jungen in wichtigen Politikbereichen ergeht: Bildung und

Qualifikation, bezahlte und unbezahlte Arbeit, Führungspositionen und Repräsentation, Gesundheit, geschlechtsspezifische Gewalt sowie ökologischer und digitaler Wandel.

- [OECD: Gender equality in a changing world](#) 

Imperial College: vor allem ältere Menschen bei durch Klimawandel verursachten Todesfällen betroffen

Eine neue Studie des Imperial College London hat ergeben, dass durch den Klimawandel verursachte Hitzewellen in diesem Sommer in europäischen Großstädten 16.500 Todesfälle verursacht haben, vor allem bei älteren Menschen. Weitere 7.900 Todesfälle gingen auf die natürliche Variation der Temperaturen zurück.

- [Imperial College: Summer heat deaths in 854 European cities more than tripled due to climate change](#) 

UN-Bericht: soziale Sicherheit und Recht auf Arbeit für ältere Menschen

Die Vereinten Nationen haben geprüft, wie der Zugang zum Arbeitsmarkt und die soziale Absicherung bei älteren Menschen zusammenhängen. Der UN-Bericht führt aus, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt besonders in solchen Ländern wichtig ist, in denen ältere Menschen keine Grundsicherung bekommen, wenn sie nicht mehr arbeiten können. Er empfiehlt den Staaten, Gesetze und Regeln zu ändern, die ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt und bei der sozialen Absicherung benachteiligen. Außerdem sollten sie neue Gesetze gegen Altersdiskriminierung verabschieden. Der Bericht wird im Herbst dem UN-Menschenrechtsrat (HRC) vorgestellt.

- [UN HRC: Intersection between older persons' right to social protection and their right to work](#)  

EU JRC: 1,2 Millionen Menschen leiden 2025 unter katastrophaler, konfliktbedingter Hungersnot

Die Halbjahresaktualisierung des jährlichen Global Report on Food Crises (GRFC) schlägt Alarm wegen katastrophaler Ernährungsunsicherheit in sechs Ländern oder Gebieten: Sudan, Gaza, Südsudan, Jemen, Haiti und Mali. Die Provinz Gaza leidet seit Juli unter einer Hungersnot, und auch andere Gebiete werden voraussichtlich von einer Hungersnot heimgesucht werden. Im Sudan wurde die Hungersnot erstmals im August 2024 bestätigt. In allen sechs Ländern/Gebieten ist die Krise vom Menschen verursacht, da die anhaltenden Konflikte die Hauptursache für die akute Ernährungsunsicherheit sind. Der Ernährungssektor ist stark von Mittelkürzungen betroffen. Bis Mitte 2025 waren nur 27 % der erforderlichen Mittel für die Ernährung gesichert. Infolgedessen werden laut Prognosen 2,3 Millionen Kinder ohne Behandlung für schwere akute Unterernährung bleiben, was jährlich zu 369.000 zusätzlichen vermeidbaren Todesfällen bei Kindern führen könnte.

- [JRC: Food crises - 1.2 million people suffer catastrophic, conflict-driven hunger in 2025](#) 

Kurznachrichten: Cyberbullying, EU-Erweiterung, Lebensarbeitszeit

- [15 zivilgesellschaftliche Organisationen \(COFACE, Eurochild, Save the Children u. a.\) haben eine Stellungnahme zu Kinderrechten in dem künftigen Aktionsplan gegen Cyberbullying veröffentlicht.](#)
- [Zwei Drittel der jungen Europäer:innen befürworten eine EU-Erweiterung \(Eurobarometer\).](#)
- [Die durchschnittliche Lebensarbeitszeit in der EU liegt bei 37,2 Jahren \(in Deutschland bei 40 Jahren\).](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1. Oktober 2025	Internationaler Tag der älteren Menschen	UN
1. Oktober 2025, New York und online	Older Persons Driving Local and Global Action: Our Aspirations, Our Well-Being, Our Rights	UN NGO Committee on Ageing
2. Oktober 2025	International Day of Non-Violence	UN
6.-8. Oktober 2025, Bologna	Connecting science and communities: The future of dementia care – 35th Alzheimer Europe conference	Alzheimer Europe, Federazione Alzheimer Italia und Alzheimer Uniti Italia
7. Oktober 2025, Berlin	EMN Germany national conference: Family Reunification – between Human Rights and Migration Management (Anm. 1.10.)	European Migration Network Germany/BAMF
8. Oktober 2025, online	Breakfast Bytes webinar: Family Education to Prevent Child Sexual Abuse	COFACE Families Europe
11. Oktober 2025	International Day of the Girl Child – Girls' vision for the future	UN
13.-15. Oktober 2025	European Week of Regions and Cities	EC und ECR
14. Oktober 2025, Brüssel und online	5th European Accessibility Summit	European Disability Forum & Microsoft
17. Oktober 2025	International Day for the Eradication of Poverty: Ending social and institutional maltreatment by ensuring respect and effective support for families	UN
29. Oktober 2025	International Day of Care and Support	UN
4.-6. November 2025, Doha und online	Second World Summit for Social Development	UN
17. November 2025, Berlin	Europäisches Fachgespräch zu den demografischen Entwicklungen in Europa	AGF
17.-19. November 2025, Brüssel	Policy Event: Connecting regional realities with European strategies: advancing youth employment and social inclusion	YES Forum
27.-28. November 2025, Brüssel	European Migration Forum 2025 (Bewerbungsfrist für Teilnahme abgelaufen)	EU-Kommission und EESC
16.-18. Juni 2026, Donostia/San Sebastián	World Congress for Age-friendly Cities and Communities	Königreich Spanien, Autonome Gemeinschaft Baskenland und WHO

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·
 Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70
 E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
 Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium
 für Bildung, Familie, Senioren,
 Frauen und Jugend